

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer



Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schutzsektion und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarcht 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Abrechnungswiese: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.00 mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 120 Wk., betitelt Anzeigen 80 Wk. Im Textteil (Zm. No. 14) 250 Wk., die 4spaltige Zeile bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Wöchentliche Anzeigen** die 6spaltige Zeile 150 Wk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 87.

Freitag, den 15 April 1921.

75. Jahrgang.

Entscheidungsschwere Beratungen in Berlin.

Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.) Mittwoch nachmittags 5 Uhr fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt. Laut „Deutscher Allg. Ztg.“ geht man nicht fehl in der Annahme, daß in dieser Sitzung der Reichsminister des Inneren Dr. Simons den in dem Interview mit dem „Matin“-Vertreter angelegten Grundgedanken der Regelung der Wiederherstellungsfrage zur Debatte stellen werde. Zwischen Dr. Simons und seinen Ministerkollegen herrsche Übereinstimmung darüber, daß Deutschland den Alliierten soweit als möglich seinen ersten Willen beweisen müsse, vor dem 1. Mai eine Einigung über die Wiederherstellungsfrage herbeizuführen. Ob die von der „Deutschen Allg. Ztg.“ betonte Übereinstimmung vorhanden ist, darf nach verschiedenen Redaktionen anderer Blätter bezweifelt werden. Die „Leipz. Neuesten Nachr.“ berichten über Kräfte im Reichskabinett. Der Berliner Mitarbeiter des „Hamb. Fremdenblatt“ beurteilt die Lage folgendermaßen:

Ob das gesamte Kabinett hinter den neuen Plänen des verantwortlichen Leiters unserer auswärtigen Politik steht, muß Zweifelhaft unterzogen werden und deshalb haben wir schon wiederholt auf die Möglichkeit von Rückwirkungen auf die Zusammenfassung des Kabinetts hingewiesen. Unserer Auffassung tritt jetzt auch das führende Zentrumsorgan, die „Germania“ bei, die erklärte, es könnte nicht bestritten werden, daß die Verhandlungen über die Wiederherstellungsfrage je nach ihrem weiteren Verlauf möglicherweise einen Einfluß auf die Zusammenfassung des Reichskabinetts ausüben könnten. Man müsse auch damit rechnen, daß die Entwicklung im Reich eine gewisse Rückwirkung auf die Kabinettsbildung in Brüssel haben könnte. Diese Annahme muß man dahin erläutern, daß die Deutsche Volkspartei wiederholt gedröh hat, aus der Reichsregierung auszuschreiben, wenn sie keine Möglichkeit gewinne, sich an der preussischen Regierung beteiligen zu können. Viel ausschlaggebender als diese innerpolitischen Erwägungen scheint uns aber die Einstellung zu der Reparationsfrage selbst zu sein. Nur schwer können wir die Befürchtung unterdrücken, daß die vor der Londoner Konferenz und nach dem Scheitern dieser Konferenz vorhandene einheitliche Linie an verschiedenen Stellen schon eingetrübt ist. Daran trägt nicht zuletzt der Minister Simons selbst die Schuld, weil seine Äußerungen in der letzten Zeit die Klarheit haben vermissen lassen, die notwendig ist, um die moralischen Widerstandskräfte unseres Volkes vor dem drohenden 1. Mai zu stärken. Alles was sich ereignet hat, konnte und mußte man vorhersehen, als man nach London ging mit dem festen Entschluß, das Pariser Diktat abzulehnen. Die französische Politik war schon von vornherein so gestellt, daß die neuesten Reden Briands von der auf uns niederfallenden Hand und von der Abfertigung eines Gerichtsvolzhiebers, begleitet von den Gendarmen, um den widerpenstigen Schuldner gefügig zu machen, keine Überraschung, sondern nur eine Verwirklichung des Gesamtbildes sind.

Als in London die Verhandlungen scheiterten, haben wir sofort erklärt, daß man die angebotenen Sanktionen ernst nehmen müsse, daß nichts verfehlt wäre, als von einem Bluff der Entente zu sprechen oder auf eine rasch wirkende Hilfe Amerikas zu spekulieren. Im Vollbewußtsein aller Folgen mußte das Nein ausgesprochen werden; und wenn jetzt unter dem Druck der sich nähernden Sanktionen von der Grundfrage abgewichen wird, die alle maßgebenden Faktoren für die Londoner Verhandlungen und gegenüber dem Pariser Diktat in Deutschland geschaffen waren, so wird man bei den Alliierten erneut die Auffassung verdrängen, man brauche Deutschland nur mit Repressalien zu drohen, dann könne man alles erreichen, was die Interessen der machthungrigen eigenen Politik erforderten.

Briand droht mit Gerichtsvolzhieher und Gendarm.

In der französischen Kammer hielt Briand eine neue drohende Drohrede, in der er u. a. sagte:

Am 1. Mai befindet sich Deutschland all seinen Vertragsverpflichtungen gegenüber. Dieser Vertrag enthält die Anerkennung einer Verantwortlichkeit, sowie die Verpflichtung, daß es die Schäden, die es verursacht habe, in dem ganzen Maße seiner Fähigkeit reparieren müsse. In diesem Vertrage habe es sich auch verpflichtet, zu entschöpfen und die Kriegsschuldigen zu bestrafen. Am 1. Mai werde sich also Deutschland einem Teil seiner Verpflichtungen und auch

einem Teil seiner Verfehlungen gegenüber befinden. Er wiederhole deshalb mit Nachdruck, der Gläubiger habe einen ausführbaren Titel in den Händen. Der Gerichtsvollzieher sei abgeschickt. Wenn sich der Schuldner widerrspenstig zeige, dann müsse ein Gendarm ihn begleiten.

Marshall Foch, der schwarze Mann.

Paris, 13. April. (Draht.) Savas meldet: Briand empfing im Verlaufe des heutigen Vormittags Marshall Foch und General Beggand. Dem Botschaftsrat, der heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon tagte, wohnte gleichfalls Marshall Foch bei. Der Rat nahm Kenntnis von den Berichten des militärischen Ausschusses in Betreff über die Wiederaufnahme der Erzeugung von nichtmilitärischem Luftschiffmaterial in Deutschland und davon, daß die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet den neuesten Anforderungen nicht mehr entsprechen.

England

erwartet ein „vernünftiges“ Angebot.

London, 13. April. (Draht.) Reuterbureau verbreitet folgende Mitteilung: Ein vernünftiges neues Angebot, das Deutschland aufrichtig in der Absicht machen würde, die berechtigten Ansprüche der Alliierten zu befriedigen, würde von der britischen Regierung mit sorgfältiger Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Die Friedensentschließung im amerikanischen Senat

Washington, 13. April. (Draht.) Knox legte heute dem Senat seine Entschließung vor, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich für beendet erklärt werden soll. Die Entschließung, die dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde, behält den Vereinigten Staaten ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag vor.

Streikunruhen in England

London, 13. März. (Draht.) Lloyd George erklärte im Unterhause, der Ernst der Lage nehme dauernd zu. Er drückte die Hoffnung aus, daß weitere Beschlüsse die Oberhand behalten werden. Die Mehrheit der Seelente hat bisher gegen den Streik gestimmt.

Blättermeldungen zufolge haben 5- bis 6000 Arbeiter in den Mitternachtsstunden einen entschlossenen Angriff auf die Zentralverteilungsstation der nordbritischen Eisenbahn in Fifehead ausgeführt. Die Signalwärter wurden gezwungen, ihre Posten zu verlassen. Güterzüge wurden geplündert und beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt. In einem Dorfe wurde ungeheurer Sachschaden angerichtet. Polizeiverstärkungen, die in Lastkraftwagen eintrafen, Militär und Marine unterdrückten die Unruhen.

Streikbeschuß

der unabhängigen Eisenbahner

London, 13. April. (Draht.) Die Lokomotivführer und Heizer, die eine von der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

London, 13. April. (Draht.) Einzelne Arbeiterführer, insbesondere Henderson und Clunes, sind, wie der „Star“ meldet, im Sinne einer friedlichen Regelung des Streiks tätig. Thomas erklärte, zahlreiche Arbeiterverbände, darunter auch die Elektrizitätsarbeiter, würden sich einer Aktion des Arbeiterbundes anschließen.

Die amtliche Denkschrift über die Märzunruhen

Berlin, 14. April. (Draht.) Anlässlich der Verhandlungen im Preussischen Landtag über die Märzunruhen in Mitteldeutschland ist von dem Preussischen Ministerium des Innern eine Denkschrift mit einem Beiheft fertiggestellt worden. Voraussetzung für die Beurteilung der Tätigkeit der Schutzpolizei während der Unruhen ist die Kenntnis des Instrumentes, durch das sie bekämpft worden sind. Daher wird die Denkschrift eingeleitet durch einen Überblick über die Rechtsstellung Organisation der Schutzpolizei. Es folgt die ausführliche Erörterung der Maßnahmen der Staatsregierung zur Verhinderung jeder Aufstandsbegehung. Der Hauptteil enthält die Darstellung der Bekämpfung des Aufstandes in der Form einer zeitlichen Einarbeitung der wichtigsten von Seiten der Staatsregierung und der Zeitung

im gefährdeten Gebiet getroffenen Anordnungen, die ergänzt werden durch die Tätigkeitsberichte der eingeleiteten Teile der Schutzpolizei. Erläuterungen durch zwei Skizzen veranschaulicht die Polizeiaktion. Anschließend folgt eine Zusammenstellung von Erfahrungen und Bemerkungen, zu denen die Unruhen Anlaß gaben. Besonders werden dabei die Gesichtspunkte erörtert, die für die Bemessung der eingesetzten Schutzpolizeträfte, sowie für die Zurückhaltung der Reichswehr maßgebend waren. Leider haben die Kämpfe erneut bewiesen, daß die Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend ist, da die Ausrücker mit Maschinengewehren, Karabinern usw. weit besser ausgerüstet waren. Die Denkschrift schließt mit einem Überblick über die bereits vorhandenen und über die geplanten Versorgungsbestimmungen der Schutzpolizei unter Hinweis auf die Notwendigkeit weitestgehender Berücksichtigung aller Polizeibeamten. Ein Beiheft schildert die Entwicklung von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Ein lehrreicher Absatz über den Aufbau der ausländischen Polizei beweist, wie im Auslande, besonders in Frankreich, England und Italien usw. die Militärpolizei herrscht und zu weiterem Ausbau gelangte. Die Denkschrift stellt mit ihrem Beiheft wichtiges Material für Presse-Parlament und die gesamte Öffentlichkeit dar, ist aber auch für das gesamte Ausland von Wert, soweit diese einer sachlichen Auseinandersetzung überhaupt zugänglich ist. Die Arbeit läßt den eingehenderen Ernst der Polizeifrage für die weitere Zukunft von Staat und Reich erkennen und wird daher zu eingehenden Erörterungen Anlaß bieten.

Die sächsischen Staatseinnahmen.

Im Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtags wurden interessante Mitteilungen gemacht über die Staatseinnahmen aus der Einkommensteuer und über die Anteile, die Sachsen daraus erhalten hat. Bis 8. April einschließlich sind dem sächsischen Staat aus der Einkommensteuer vom Reich rund 742 Millionen Mark überwiesen worden. Davon sind an die Gemeinden bisher 210 Millionen Mark verteilt worden, weitere 92 Millionen sollen demnächst verteilt werden, aber auch noch fernere 73 Millionen voraussichtlich in einer vierten Rate. Insgesamt, also auch aus anderen Einnahmen, sind den Gemeinden vom Finanzministerium bisher über 378 Millionen Mark zugewiesen worden. Durch die Einkommensteuernovelle sind bekanntlich die Einnahmen des Reiches an der Einkommensteuer verringert worden, dementsprechend auch die Anteile der Staaten und der Gemeinden. Dafür sollen den Einzelstaaten künftig statt 10 Prozent 15 Prozent Anteil an der Umsatzsteuer verfallen werden. Für Sachsen kämen dabei etwa 270 Millionen Mark heraus. Damit würde aber der Steuerausfall bei weitem nicht gedeckt werden. Sachsen und seine Gemeinden haben im Rechnungsjahr 1920/21 Anspruch auf eine Milliarde Überweisung an Reichseinkommensteuern. Beim Reich sind bis Ende Februar 8 236 000 Mark an Steuereinnahmen zu verzeichnen, für März rechnet man auf 13 Milliarden, so daß mit rund 9,8 Milliarden Mark für das ganze Rechnungsjahr 1920/21 gerechnet wird. Gegenüber den im sächsischen Staatshaushaltsplan für 1920 eingestellten 455 Millionen Mark Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer wird die tatsächliche Einnahme voraussichtlich um etwa 40 bis 50 Millionen zurückbleiben. Es ist daher beschlossen worden, daß der Berichterstatter des Haushaltsausschusses A bei der Beratung in der Vollversammlung des Landtages erklären soll, daß, nachdem durch den Wegfall der gemeindlichen Zusatzsteuer vom reichsteuerfreien Einkommen und durch die Änderung des Reichseinkommen-Steuertarifs den Gemeinden wesentliche Einnahmen genommen worden sind, das Reich die Pflicht hat, Ersatz zu schaffen.

Die Rinderzulagen für die sächsischen Beamten.

Der Haushaltsausschuß A des Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Vorlage über die Rinderzulagen an die sächsischen Beamten. Es entspann sich zunächst eine Generalaussprache darüber, ob die Zurückgabe der Vorlage von der Regierung an den Landtag sich nur auf die strikten Punkte des Termins der Rückwirkung beschränken soll. Die Bürgerlichen bejahten diese Frage. Die Sozialisten wollten auf die frühere, durch den Landtag erledigte Vorlage 28 zurückgreifen. Von bürgerlicher Seite wurde angeregt, über § 35 der Verfassung, inwieweit und in welchem Umfang ein vom Landtag beschlossenes Gesetz diesem wieder zurückgegeben werden kann, ein juristisches Gutachten eingeholen. Die sozialistische Mehrheit lehnt dies aber ab. Darauf trat man in die materielle Beratung der Vorlage ein. Die Rechts-